

Enzial-Blatt

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enzial.

Erscheint täglich, Ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis RM. 4.80 vierteljährlich, RM. 1.60 monatlich
frei ins Haus geliefert; durch die Post im inlandsdeutschen
Verkehr RM. 4.80 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile ober deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamazeilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Abdrucknahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Solbad durch die Anzeigerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Gock, beide in Wildbad. n. Fernsprecher Nr. 22.

Nr. 48

Freitag, 27. Februar 1920

Jahrgang 54

Neues vom Tage.

Vorbereitungen zur Reichsschulgesetzgebung.

Berlin, 25. Febr. Der Reichsschulsausschuß trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch zu einer Besprechung zusammen. Privatdozent Dr. Schwarz vom Reichsministerium des Innern berichtete über die Vorbereitungen zur Reichsschulgesetzgebung, die in der Zeit vom 7. bis 17. April im Reichstagsgebäude stattfinden soll. Die Zahl der Vertreter ist auf ungefähr 500 festgesetzt worden. Die Verhandlungen und die Abstimmungen können feiner die Regierung bindenden Charakter tragen, werden aber für die kommende Schulgesetzgebung als richtunggebendes Material dienen. Bezüglich des Einjährigzweijährigen Vorleses sind Vorarbeiten, wonach die in der Verordnung vorgesehene Bräutungen nicht mehr abgehalten werden. — Zur Frage Ehelosigkeit der Lehrerinnen wurde folgende Entschcheidung angenommen: Der Reichsschulsausschuß hält es für dringend notwendig, daß die Ehelosigkeit von Beamtinnen baldigt durch Reichsgesetz geregelt wird. Bis dahin wird den Unterrichtsverwaltungen der Länder empfohlen, für die Lehrerinnen unter Würdigung der Bestimmungen der Reichsverfassung zu treffen.

Vorentschädigung für die Auslandsdeutschen.

Berlin, 25. Febr. Ueber die Auszahlung der Vorentschädigung für die Auslandsdeutschen schweben im Reichsministerium für den Wiederaufbau Verhandlungen. Man hofft, daß die Spruchkommissionen bald ihre Tätigkeit aufnehmen können.

Die Ueberführten im Bergbau.

Berlin, 25. Febr. Ueber den Stand der Durchführung der Ueberführten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk äußerte sich der Reichskommissar dahin, daß die meisten Bergwerke einmündig genug seien, ohne behördlichen Zwang die Mehrarbeit an sich zu nehmen. Es sei damit zu rechnen, daß am Schluß der Woche sich alle Betrieben mit der Rennerung abgefunden haben würden.

Zu den Betriebsrätewahlen.

Berlin, 25. Febr. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beschloß Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten. Die Meinung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischen Parteikampfs zu machen, wurde als höchst nachteilig bezeichnet. Für die Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds ist der größtmögliche Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Vorklagenlisten aus den eigenen Reihen zersplittert werde. Eine Verständigung sei nur möglich auf dem Boden der Münchener Kongressbeschlüsse. Bei der Auswahl der Kandidaten dürfe nicht die politische Richtung maßgebend sein. Die Kandidaten dürften nicht zu einer Erklärung darüber genötigt werden, wie sie sich zu einer politischen Tagesfrage stellen.

Die Antwort auf Millerands Kohlenbeschwerde.

Berlin, 25. Febr. Die deutsche Regierung hat die Note der französischen Regierung in der Kohlenfrage dahin beantwortet, daß die tatsächlichen Voraussetzungen, von denen die Note ausgeht, nicht zutreffen. Die materiellen Fragen, die in der Note erörtert worden sind, werden der Wiedergutmachungskommission vorgelegt werden.

Geheimrat Göppert, der schon seit längerer Zeit zur Erledigung wirtschaftlicher Fragen in Paris weilte, ist als Nachfolger des Reichsministers v. Lerndorfer in der Leitung der deutschen Friedensabordnung betraut worden.

Neue Friedenskonferenz?

Rom, 25. Febr. Der „Messaggero“ berichtet aus Rom, daß der Senat vorliegende Vorschlag Wilsons, eine neue Konferenz zur Abänderung des Friedensvertrags einzuberufen, gewinne mehr und mehr Aussicht auf Annahme.

Die französischen Eisenbahnen.

Paris, 25. Febr. In der gestrigen Kammer Sitzung sprach sich der Verkehrsminister Dr. Trocquer über die Störung im Eisenbahnverkehr aus. Sie sei nicht auf Mangel an Material zurückzuführen, denn Frankreich besitze 17 336 Lokomotiven, von denen 12 934 betriebsfähig seien. Das sei ein wenig mehr als vor dem Krieg. Es besitze 463 000 Wagen, von denen 375 000 in gutem Zustand seien. Vor dem Krieg habe man nur 381 000 Wagons gehabt. Ferner sei die Zahl der

Züge, die stehen blieben, auf allen Eisenbahnen um das Dreifache gestiegen. Das liege daran, daß es schwierig sei, für die Lokomotiven die notwendigen Kohlen zu beschaffen. Normal werde der Zustand erst wieder werden, wenn man einen Vorrat von 800 000 Tonnen Kohlen habe. Es sei ihm bis jetzt nur gelungen, den Vorrat von 185 000 auf 240 000 Tonnen zu bringen. Eine weitere Ursache der Störung sei die große Zahl der Lokomotiven, die sich in Reparatur befinden. Normal werde der Zustand im Norden Frankreichs Ende dieses Jahres, im Osten in 12 Monaten, auf der Eisenbahn Paris—Lyon—Mittelmeer im ersten Halbjahr 1922, auf den Staatsbahnen im Süden im Lauf des Jahres 1923 und auf den Delaunaybahnen gegen 1924.

Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 25. Febr. Eine Anzahl Angestellter und Arbeiter der Paris-Lyon-Mittelmeer-Eisenbahngesellschaft, denen der Urlaub zur Teilnahme an einem Gewerkschaftstag verweigert worden war, sind vom Dienst einfach weggeblieben. Sie wurden deshalb mit Disziplinarstrafen belegt. Davon sind die Arbeiter der Werkstätten in Billeney, Dijon und in anderen Städten in den Ausstand getreten. Die Vertrauensleute der Pariser Eisenbahn beschlossen den allgemeinen Streik. Der Ausschuß des Landesverbandes der Eisenbahner hat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Die Gruppe Lyon hat sich gegen den Streik ausgesprochen. Der Arbeitsminister erklärte in der Kammer, er werde keine Aufhebung bilden. Die Kammer sprach der Regierung das Vertrauen aus.

Die englische Kriegsschädigung.

Amsterdam, 25. Febr. Wie „Allgemeen Handelsblad“ aus London meldet, gab Balfour gestern eine Erklärung ab, er habe seinerzeit angeführt, Deutschland habe selbst die Möglichkeit zugegeben, fünf Milliarden Pfund Sterling (100 Milliarden Goldmark) zu beschaffen. Deutschland habe tatsächlich angeboten, diesen Betrag zu bezahlen.

Aufhebung der Freizügigkeit in Sowjetrußland.

Paris, 25. Febr. Ein von der Eiselturmstation ausgehender Junksbruch auf der Eisenbahn in Sowjetrußland die Arbeitspflicht eingeführt worden sei. Die Arbeiter werden für Lebensdauer einem Unternehmen zugeteilt. (Das würde also ein Verbot der Freizügigkeit bedeuten.)

Vorläufige Amtsenthebung Erzbergers.

Berlin, 24. Febr. Nach Bekanntgabe der gestohlenen Steuerakten des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich beantragt und seinerzeit auf jede materielle Erwidrerung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgreifen könnte. Gleichzeitig hat er den Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Schluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Drucks auf die Untersuchung des Finanzamts fallen möge. Der Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen und um sofort Bericht über das Ergebnis zu erhalten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist Unterstaatssekretär Böckel beauftragt.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird betont, daß es sich bei der Amtsenthebung des Reichsfinanzministers Erzberger nur um etwas Vorübergehendes handelt.

In verschiedenen rechtsgerichteten Blättern wie der „Kreuzzeitung“ wird in der Amtsenthebung das erste Anzeichen des Sturzes Erzbergers erblickt.

Nach dem „Berl. Volksanzeiger“ hat sich die demokratische Fraktion der preussischen Landesversammlung mit der Angelegenheit befaßt.

Reichsumsatzsteuer.

Nach dem Reichsumsatzsteuergesetz unterliegen der Umsatzsteuer mit 15 Prozent des Verkaufspreises alle Verkäufe der Privatpersonen von nachstehend genannten Artikeln:

1. Gegenstände aus oder in Verbindung mit Edelmetall, insbesondere Schmuckwaren aller Art, gemünztes Gold und Silber, Edelsteine und Halbedelsteine;
2. Gegenstände aus oder in Verbindung mit Bernstein, Eisen-

stein, Meerscham, Perlmutter; 3. Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik, Radierungen, Holzschnitte und Kupferstiche; 4. Altertümer, wozu auch Gegenstände, wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, insbesondere Briefmarken gehören; 5. Blumengebilde und Pflanzen, wenn das Entgelt für die einzelne Pflanze, einschließend der als Behälter oder zur Zusammenfassung oder Ausschmückung verwendeten Gegenstände 30 Mk. übersteigt; 6. Reit- und Ausschierde; 7. Lebendes Wild; 8. Flügel, Klaviere, Harmonien, Streich- und Pupinstrummente, Grammophon, Drehschallplatten, Phonographen; 9. Laub-, Wasser- und Luftfahrzeuge zur Personenbeförderung, wenn sie mit motorischer Kraft betrieben werden; 10. Jagerbüchse, Jagd- und Revolver mit Ausnahme gewöhnlicher Jagd-, Kamin-, Kapsen-, Hund- und Schallschelle; 11. Teppiche aus Brotat, Samt, Velvet, Velours, Vellut, Seide oder Wolle.

Die Besteuerung muß entweder durch Verwendung von Stempelmarken auf den Empfangsbescheinigungen oder durch Barzahlung beim Finanzamt erfolgen. Die Stempelmarken sind bei den Postämtern erhältlich.

Württ. Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 25. Febr.

Die Landwirtschaftskammer trat gestern vormittag im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer zusammen, um die Ergänzungswahlen vorzunehmen.

Präsident v. Strug eröffnete die Sitzung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der alte Wunsch unserer Landwirtschaft, in gleicher Weise, wie die Landwirtschaft in den meisten anderen Staaten und wie andere Berufsstände eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende, von der Regierung unabhängige Vertretung zu erhalten, nunmehr endlich in Erfüllung gegangen sei. Die Zentralstelle für die Landwirtschaftlichen Aufgaben nunmehr zum Teil auf die Landwirtschaftskammer übergehen werden; werde stets gerne bereit sein, die Kammer in ihrer Wirksamkeit nach Kräften zu unterstützen, und mit ihr zusammenarbeiten an dem gemeinsamen Ziel der Förderung unserer Landwirtschaft, die mehr denn je das Fundament unseres Staatswesens bilden werde.

Dann sprach Ernährungsminister Graf namens der Regierung, ebenfalls einige Worte der Begrüßung. Er versicherte, daß das Ernährungsministerium an die aus der Mitte der Kammer kommenden Anträge und Anregungen mit besonderem Ernst herantreten werde. Er richtete an die Vertreter der Arbeiter, nicht bloß das Interesse der Landwirtschaft, sondern auch das allgemeine Interesse zu berücksichtigen, namentlich auch bei der Frage der Arbeitszeit. Die landwirtschaftlichen Betriebe eingeführt würden, so ließe sich nicht absehen, ob und inwieweit die Aufrechterhaltung der Ernährung der Bevölkerung tatsächlich noch möglich sein werde.

Dann ging man über zu den Ergänzungswahlen. Gewählt wurden als Vertreter des staatlichen Waldbesitzes: Oberforstrat Dr. Schuh von der Norddirektion und Oberforstier Allgayer-Ulm je mit 30 von 58 abgegebenen Stimmen; als Vertreter des forstlichen Waldbesitzes: Oberforstier Dr. Schuler mit 57 Stimmen; als Vertreter des privaten Waldbesitzes: Forstrat Staub in Dillingen mit 50 Stimmen; v. Waisberg-Schödingen mit 49 Stimmen; als Vertreter des Gartenbaus: Dekonulator Lucas-Rentlingen mit 40 und Hornung-Ulm mit 28 Stimmen; als Vertreter der landw. Angehörigen Diplom-Landwirt Max Huber, landwirtsch. Sachverständiger beim Verband der landw. Genossenschaften Württemberg (53 Stimmen).

Das schlechteste Buch des Jahres. Der „Mercure de France“ schreibt: Im Dezember 1919 ist ein Preis für das schlechteste Buch des Jahres ausgesetzt worden. Der Preis wurde von einem Schiedsgericht, das aus einer Reihe von Schriftstellern bestand, einstimmig dem Friedensvertrag zuerkannt.

Englisch: Tanks. Das englische Heer wird mit neuer Panzertruppen ausgerüstet, die 36 Kilometer in der Stunde zurücklegen können.

Prozess Erzberger—Helfferich.

Berlin, 26. Febr.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde vom Vertreter des Nebenklägers Erzberger u. a. die Ladung des Reichsanwalters und des Ernährungsministers beantragt, die beklagten sollen, daß Erzberger bei der Auslieferung der Handelschiffe nicht eigenmächtig gehandelt habe. Außerdem beantragt der Vertreter Erzbergers die Ladung des württ. Finanzministers und des württ. Gesandten in Berlin. Helfferich wünscht die Vernehmung der Abgeordneten Hugenberg und Dr. Nieber.

Erörtert wurde dann die Beschlagnahme von Effekten und Bankguthaben der Firma Wolff in Köln. Helfferich hatte behauptet, daß das preussische Finanzministerium durch die Steuerbehörde in Köln die Beschlagnahme von 14 Millionen Mk. Wertpapieren und Bankguthaben der Firma Wolff angeordnet habe, und daß diese Sperrung auf Veranlassung des Reichsfinanzministers aufgehoben worden sei.

Erzberger gibt eine Erklärung ab, daß er eine solche Aushebung der Sperrung nicht veranlaßt habe, und daß nach Angabe der zuständigen Beamten im Reichsfinanzministerium überhaupt über die Sache nichts bekannt sei.

Zu den Kapitalverschiebungen ins Ausland macht Erzberger längere Ausführungen: Ich habe meine Frau gefragt, ob sie den Dr. Thalberg kenne, und ob sie in der Schweiz in seinem Büro war. Meine Frau erklärt, daß sie Dr. Thalberg gar nicht kenne. Was den Aufenthalt meiner Familie in der Schweiz betrifft, so habe ich zu erklären: Ich habe festgestellt, daß ich am 17. August 1919 an die Reichsbank eine Depesche geschickt habe, in der ich bat, daß ich 4000 Franken nach der Schweiz mitnehmen dürfe. Die Reichsbank hat den Antrag genehmigt. Ich schickte meine Familie zu einem befreundeten Bankier in der Schweiz, der mir erklärte, daß ich bei ihm so viel Kredit erhalten könne, wie ich wolle. Ich nahm den Kredit in gewissen Grenzen in Anspruch. Ich habe jedenfalls für private Zwecke kein Geld ins Ausland geschafft. Als Leiter der Propaganda habe ich allerdings für politische Zwecke Geld nach der Schweiz überweisen lassen.

Das ist stets offen durch die Deutsche Bank geschehen. In der Schweiz hat eine unerhörte Nachschmüßerei und Spionage gegen mich eingesezt. Zwei Personen haben mir erklärt, es würde in der Schweiz für Helfferich Material gegen mich gesammelt.

Helfferich: Es handelt sich hier ganz offenkundig um Klatsch und Tratsch. Ich möchte aber weiter fragen, ob Herr Erzberger nicht in amtlichen Geschäften des Auswärtigen Amtes Gelder nach der Schweiz gesandt hat.

Erzberger: Ich habe mit dem Auswärtigen Amt in dieser Hinsicht eine Vereinbarung getroffen, daß mir durch die Kuriers des Auswärtigen Amtes Gelder für bestimmte politische Zwecke nach der Schweiz übersandt wurden. Die Herren des Auswärtigen Amtes waren damit einverstanden, und diese Gelder sind dann für politische bzw. für kirchliche Zwecke verwendet worden.

Weiterhin fragt Helfferich, ob Erzberger nicht auch in Defterre ich ein Konto habe.

Erzberger: Da hatte ich ein Konto. Es handelte sich um amtliche Gelder, überwiegend um Reichsgelder, aber es kamen auch private kirchliche Gelder in Frage, die zu politischen Zwecken hergegeben waren.

Helfferich: Haben Sie Kommerziant Berge r kurz vor der Revolution den Rat gegeben, Kapital ins Ausland zu bringen, da schwere Dinge bevorstehen?

Erzberger: Es ist mir nicht das Mindeste davon bekannt. Es handelte sich höchstens um Gelder, die zur Beschaffung von Rohstoffen verwandt werden konnten.

Helfferich: Haben Sie bei Ihrem nahen Verhältnis zu der Petroleumfirma Niedemann in Hamburg nichts davon gewußt, daß Gelder ins Ausland verschoben wurden, und haben Sie nicht daran mitgewirkt?

Erzberger: Nein.

Helfferich: Ich erinnere Sie an die Schwierigkeiten, die Sie seinerzeit bei dem Petroleummonopol gemacht haben. Hat sich, als das Petroleummonopol zu Fall gebracht war, die Firma Niedemann Ihnen gegenüber nicht darüber dankbar erwiesen?

Erzberger: Persönlich selbstverständlich nicht. Ob die Firma Niedemann für kirchliche oder Parteizwecke Geld zur Verfügung gestellt hat, weiß ich nicht.

Helfferich: Herr Niedemann hat, wie ich weiß, Ihrer Parteikasse sehr erhebliche Zuwendungen gemacht. Etwa das betreffende Bankhaus in der Schweiz, das Ihnen Kredit einräumte, nicht in engen Beziehungen zu dem Konfession, von dem gestern die Rede war?

Erzberger: Das ist möglich, ich weiß es aber nicht.

Bankier Andrae wird über das Geschäft der Firma Wolff mit dem Staat vernommen. Der Staat hat seinerzeit in Holland Waren bestellt. Man traf das Abkommen, daß zur Deckung eines langfristigen Kredits Industriekarten im Betrag von 30 Millionen bei den holländischen Verkäufern hinterlegt werden sollten. Die Firma Wolff hat sich bereit gefunden, aus ihrem Besitz diese 30 Millionen Industriekarten zu leihen. Als Gegenleistung des Staats erfolgte ein Darlehen auf 40 Millionen, das von der Firma Wolff mit vier Prozent verzinst wird.

Nachmittag wurde der Fall Janke erörtert. Es handelt sich um die Entwendung von Schriftstücken aus den Räumen des Deutschen Flottenvereins. Im Strafprozeß wegen Entwendung dieser Akten hat damals der Oberstaatsanwalt folgende Feststellungen gemacht: Dem als Zeugen vernommenen Abgeordneten Erzberger ist der Dieb Janke offenbar bekannt, da er sich bereit erklärt hat, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen annehme, er würde sich durch seine Anwesenheit die Befehle strafrechtlicher Verfolgung zuziehen, wird er zu einer Aussage nicht gezwungen werden können. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er Kunde ausliefern wolle,

invierte Erzberger kommt, die einzeln Fragen an.

Morgen soll der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg als Zeuge vernommen werden.

Im Prozeß Erzberger—Helfferich sind neuerdings Finanzminister Liesching, der frühere Ernährungsminister Baumann, der württ. Gesandte in Berlin, Hilgenbrand, und Herr Wassermann von der wirtschaftlichen Abteilung der württ. Gesandtschaft als Zeugen geladen worden. Sie sollen Aussagen machen über die Vorgänge, bei denen die württembergische Regierung in den letzten Prozeßtagen als beteiligt genannt war.

Der Reichsvorstand der Zentrumspartei wird nach der „Deutsch. Tagesztg.“ am 26. Febr. zu einer Beratung zusammen treten.

Neues vom Tage.

Der Tarif im Versicherungsgebiete.

Berlin, 26. Febr. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen ist mit, daß nach den aus Groß-Berlin vorliegenden Meldungen insgesamt 2 Prozent der Angestellten den Tarifvertrag anerkannt haben. Damit ist eine Mehrheit für den Vertrag gesichert.

Deutschnationale Beamtenschaft.

Berlin, 26. Febr. Nach mehreren größeren Beamtensammlungen hat sich gestern der Hauptvorstand der Deutschnationalen Beamtenschaft E. B. gebildet.

Müllereistreik.

Berlin, 26. Febr. Die Arbeiter im Müllereigewerbe sind, ohne den Spruch des Schlichtungsausschusses anzuerkennen und ohne das Demobilisationsamt anzurufen, in den Ausstand getreten. Es handelt sich um 6 große und 2 mittlere Betriebe, die etwa 20 000 Zentner Müll täglich erzeugen.

Gegen die Ablieferung der Handelschiffe.

Hamburg, 26. Febr. Die hiesige Handelskammer hat in die Regierung und die Nationalversammlung eine Erhaltung gerichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu versuchen, eine Verständigung mit den bisherigen Gegnern über die Befreiung der noch in deutschen Händen gebliebenen Handelschiffe zu erzielen.

Die Schraube ohne Ende.

Hamburg, 26. Febr. Bei der Beratung der Erhöhung der Schiff-Fahrtreise im Ostseebiet erklärte ein unabhängiges Mitglied des Parlamentes, die fortgesetzte Preissteigerung sei eine Schraube ohne Ende. Senator Petersen erwiderte, die Preissteigerungen rühren von den ortsfest wachsenden Kohlenpreisen und den unaufhörlich steigenden Arbeitslöhnen her. Die unabhängigen Wortführer sollten in ihren Versammlungen nicht nur von den Preissteigerungen, sondern auch von ihrer eigenen „Schraube ohne Ende“ reden, die doch einmal ein Ende nehmen müsse, oder Deutschland müsse ein Ende nehmen.

Nebergänge im Osten.

Berlin, 26. Febr. Die „Tägliche Rundschau“ meldet aus Breslau, daß die feindliche Besatzungskommission in Uberschleisung ihrer Befugnisse angeordnet habe, daß die Stadt Hindenburg wieder „Fabriz“ zu nennen ist.

Aus dem Abstimmungsgebiet.

Berlin, 26. Febr. Die Garnison von Plessenburg erhielt gestern wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet wird, Verstärkungen. Aus der ersten Zone trat eine Kompanie französischer Alpenjäger in Stärke von 320 Mann ein.

Danzig, 26. Febr. Der englische Vertreter Reginald Tower erklärte beim Empfang der Behörden, er wünsche zu seiner Beratung eine Adressliste, die aus eingeseizenen Bürgern bestehe. Dabei denke er an die Bildung eines Stadtrats, der bei der Ausarbeitung der Danziger Verfassung zur Mitwirkung herangezogen werden solle. Tower hat eine scharfe Verordnung gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben erlassen. Der Streik der städtischen Arbeiterchaft dürfte durch diese Verordnung sein Ende erreichen.

Stimmen gegen den Friedensvertrag.

Bern, 26. Febr. Der Pariser Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem französischen Volkswirtschaftler Professor Gide. Gide hält die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailleser Vertrags in ihrer heutigen Form für unannehmbar. Eine Politik, die Deutschland wirtschaftlich ruiniert und ihm gleichzeitig eine kolossale Kriegsschuldigung auferlegt, sei unmöglich. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands sei Bedingung nicht nur für den Frankreichs, sondern Europas überhaupt. Gide hält es für einen Fehler, daß Deutschland seines bescheidenen Kolonialbesitzes beraubt wurde. Namentlich Deutsch-Ostafrika hätte Deutschland unter demselben Titel belassen werden sollen wie Velfort dem besiegten Frankreich im Jahre 1871. Wie Gide mitteilte, soll diesen Herbst in Genf ein internationaler Genossenschaftskongreß zusammen treten, der erste wieder, in dem Franzosen sich mit Deutschen treffen werden.

Paris, 26. Febr. In der gestrigen Sitzung der Kammer erklärte der Abgeordnete Dissola, Deutschland habe einen solchen Aderlaß erlitten, daß es nicht an einen Krieg denken könne. Der Sozialist Boncour verlangte die vollständige Entwaftung Deutschlands. Frankreich habe verschiedene Gelegenheiten zur Entwaftung Deutschlands verpaßt, namentlich die Stunde Eisners.

Vom Obersten Rat.

London, 26. Febr. (Havas.) Der Oberste Rat hat die Beratung der Note Wilsons vertagt. — Es wurden gewisse Punkte des Friedensvertrags mit der Türkei geprüft und Beschlüsse gefaßt. Wie verlautet, werden weder Wilson, noch die Vertreter der Alliierten gegen eine Veröffentlichung der zwischen ihnen gewechselten Noten Einwände erheben. Der Rotenwechsel wird wahrscheinlich

veröffentlicht werden, wenn der Oberste Rat nicht Wort abgesehen hat.

Der Londoner Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblat“ meldet, er erfahre aus guter Quelle, daß es die Entente gern sehen würde, wenn die niederländische Regierung auf den Vorschlag, den Kaiser aus den Niederlanden zu entfernen, nicht einginge.

Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 26. Febr. Die Werkstättenarbeiter der ganzen Linie Paris—Lyon—Mittelmeer sind nun im Ausstand. Bis auf geringe Ausnahmen ruht der Personen- und Güterverkehr ganz. Der Bundesausschuß der Eisenbahner hat den allgemeinen Streik auf allen Bahnhöfen und Werkstätten von Paris befohlen.

Teuerungsfreit in Belgien.

Brüssel, 26. Febr. Infolge der Teuerung, namentlich des Brots, macht sich seit einiger Zeit in dem Industriegebiet Vornage unter den Arbeitern eine Streikbewegung bemerkbar. Der Ausstand der Bergarbeiter dehnt sich aus. Auch in der Eisenindustrie wurde eine Bewegung für neue Lohnforderungen festgestellt.

Streik in Neuport.

Paris, 26. Febr. Nach dem „Echo de Paris“ seien in Neuport bereits 60 000 Eisenbahner und andere Arbeiter.

Asquith gewählt.

London, 25. Febr. Bei der Wahl in Batsley für das Unterhaus erhielt Asquith (liberal) 14 694, Wiggan (Arbeiterpartei) 11 840 und Mc. Bean (Koalitionsunion) 3778 Stimmen.

Washington, 26. Febr. Präsident Wilson hat Sir John Colby zum Transaktsekretär ernannt.

Die Engländer in Konstantin.

Paris, 26. Febr. Nach dem „Petit Journal“ ist in Konstantinopel englische Marine-Infanterie g e worden.

Bern, 26. Febr. Gerüchweise wird aus London Paris gemeldet, die Bolschewisten haben sich der Schweiz in Estland bemächtigt. Die Verbindungen mit Estland sind unterbrochen.

Das Reichstagswahlgesetz.

Berlin, 26. Febr. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm heute einen Bericht des Reichsministers Koch über die Vorentwürfe zum Reichstagswahlrecht entgegen. Die endgültige Vorlage liegt nach Mitteilung des Ministers dem Kabinett bereits vor, ebenso die Entwürfe über die Wahl des Reichspräsidenten und über den Volksentscheid. Der Entwurf über den Staatsgerichtshof ist ausgearbeitet.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Die Vernehmung Bethmann-Hollwegs.

Berlin, 26. Febr.

Zu der heutigen Verhandlung kam zur Erörterung das Thema Kriegsteuer. Erzberger hat in der Nationalversammlung Helfferich vorgeworfen, daß er als Staatssekretär des Schatzamts gegen die Kriegsteuer gewesen sei. Hierzu kommt eine Besprechung v. Bethmanns mit Erzberger im Januar 1917 zur Sprache, als Helfferich bereits seine Kriegsteuer-vorlage angekündigt hatte.

Helfferich erklärt, daß der Abg. Spahn ihm die Äußerung eines Abgeordneten mitgeteilt habe, Bethmann sei bereit, um des Burgfriedens willen die Steuer-vorlage zurückzuziehen. Dieser Abgeordnete sei Erzberger gewesen. v. Bethmann habe ausdrücklich verneint, daß er Erzberger gegenüber eine derartige Erklärung abgegeben habe. — Erzberger erklärt dagegen, die Bemerkung v. Bethmanns sei gefallen.

Als Zeugen sind u. a. erschienen: v. Bethmann, früherer Minister Spahn, Strefemann und Hugenberg. Der Verhandlungsaal ist zum ersten Mal überfüllt.

v. Bethmann sagte aus, er habe, um eine Erschütterung des Burgfriedens zu vermeiden, Erzberger zugefagt, er würde seine Bedenken mit Helfferich besprechen und habe das auch getan. Er habe Erzberger gegenüber geäußert, es sei Pflicht, in der Art der Verhandlung der Vorlage im Reichstag alles zu vermeiden, was den Burgfrieden tatsächlich untergraben könnte. Eine Andeutung, daß er persönlich nicht hinter der Steuer-vorlage stehe oder sie gar zurückziehen wolle, habe es nicht gemacht. Er habe den Eindruck gehabt, daß Erzberger daran gelegen war, die Steuer-vorlage zu Fall zu bringen. Wenn Erzberger so gesprochen habe, wie er es jetzt darstelle, so möge der Wunsch des Vater des Gedankens gewesen sein.

Berlin, 26. Febr. Der Vorsitzende der preuß. Landtagsfraktion Dr. Friedberg, hat in der vorigen Woche bei den Ministern Schiffer und Koch gefragt, ob es sich nicht empfehlen würde, daß bei Führung seiner Affäre Erzberger nicht mehr in der Nationalversammlung erscheine. Es wurde geantwortet, daß nach dieser Richtung bereits das Erforderliche eingeleitet sei. Im übrigen werde man es dem Zentrum zu überlassen haben, zu entscheiden, was es in der gegenwärtigen Situation für angezeigt hält. Wahrscheinlich werde Bayer gebeten, sich mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion in Verbindung zu setzen, und daß dann Besprechungen unter den drei Koalitionsparteien eingeleitet werden.

Verhaft. Dieb. Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Köln ge wird, ist der Better des bekannten rheinischen Sonderbündlers Dr. Dorken, der 22 Jahre alte Heinrich Dorken aus Bonn, von der dortigen Polizei wegen Diebstahls verhaftet worden. Bei der Festnahme gab er vier Schüsse auf den ihn verhaftenden Beamten ab, ohne zu treffen. Dagegen verletzten er einen Fuhrmann durch einen Schuß schwer. Die Polizei konnte ihn nur mit Mühe der Bestrafung durch das Volk entziehen.

Vermischtes.

Warenhausbrand. In Kehl (Baden) ist das Straßburger Warenhaus Magazins moderns abgebrannt. Der Schaden beträgt einige Millionen.

Sankt statt Orden. Das preussische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß den in den Ruhestand tretenden Personen des Bereichs künftig der Dank der Unterrichtsverwaltung für die geleisteten Dienste auszusprechen ist, wofür die Pensionäre sich im Dienst bewährt haben.

Plattdeutscher Gottesdienst. Letzten Sonntag wurde in der St. Katharinentirche in Hamburg ein Gemeindeabend in niederdeutscher Sprache abgehalten, der auf die überaus zahlreichen Teilnehmer einen erhebenden Eindruck machte.

Die Zahl der Leichenverbrennungen. In Deutschland belief sich die Zahl der Leichenverbrennungen im Jahr 1919 auf 15 905 gegen 13 873 i. J. 1918. Von den Eingekerkerten waren 8584 männlichen, 7321 weiblichen Geschlechts; dem Bekenntnis nach waren 13 697 wangelisch, 784 katholisch, 65 altkatholisch, 475 mosaisch, 884 waren freireligiös oder Dissidenten oder das Bekenntnis war nicht angegeben. In 13 751 = 86,45 % sämtlicher Fälle hat religiöse Trauerfeier im Krematorium stattgefunden. Die Gesamtzahl der bis Ende 1919 in der deutschen Krematorien bewirkten Einäscherungen beläuft sich auf 135 556.

Protest gegen die Eisenbahntarifierhöhung. In Madrid haben am 24. Februar die Geschäftstümer geschlossen, um gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife zu protestieren.

Magnahmen für Kohlenersparnis. Trotz Aufhebung der Beschränkungen der Ladenschließzeit sowie der Arbeitszeit für nichtbehördliche Büros, Schulen usw. vom 1. März an bleiben die Vorschriften für Beleuchtung bestehen. Lichtreflexe ist verboten, ebenso Schaufensterbeleuchtung.

Verbot des Maulwurfsjags. Die bayerische Regierung hat im Landtag ein dringliches Gesetz eingebracht, das den Maulwurfsjag verbietet. Der Wirtschaftsausschuß hat das Gesetz bereits angenommen. — Bayern wird mit dieser notwendigen Maßregel hoffentlich nicht allein bleiben.

Milchsteuer. Ueber die Einführung einer Milchsteuer sollen nach einer Berliner Meldung gegenwärtig Verhandlungen geführt werden. — Die Steuer hat gerade noch gefehlt.

Zigarettenmonopol. Wie verlautet, finden gegenwärtig Verhandlungen über die Einführung eines Zigarettenmonopols in Deutschland statt.

Kartoffelnudeln. Zu diesem einfachen Gericht, für 4 bis 5 Personen ausreichend, schält man 3 Pfund Kartoffeln, kocht sie und treibt sie noch heiß durch die Maschine. Dieser Kartoffelbrei wird darauf mit einem Teelöffel Butter oder Fett, einem Ei und etwas Salz vermengt, dazu fügt man dann ungefähr 100 Gr. Mehl und 50 Gr. Kartoffelmehl. (Wer letzteres nicht käuflich erwerben kann, stellt es sich selbst aus einigen geriebenen Kartoffeln in bekannter Weise her.) Aus dem mit obigen Zutaten hergestellten Teig formt man fingerlange Nudeln, die man in kochendes Salzwasser legt. Darin köcht man sie solange ziehen, bis sie zu schwimmen anfangen, worauf man sie mit dem Schaumlöffel herausnimmt. Inzwischen hat man in einer Pfanne geriebenes Brot in etwas Fett braun angeröstet. Da hinein tut man die noch heißen Kartoffelnudeln, schwenkt sie darin tüchtig herum, daß sie sich gut mit den gerösteten Brotkrumen überziehen, worauf man das Gericht rasch serviert.

Die Papiernot. Die dringende Notlage des Zeitungsgewerbes hat die Mehrheitsparteien der preussischen Landtagsversammlung einen Antrag einzubringen, daß aus den Staatsverwaltungen Holz für die Papierherstellung zur Verfügung gestellt werde. Das sächsische Ministerium ist bei der Reichsregierung dringend vorstellend geworden, Maßnahmen zur Abwendung des drohenden Zusammenbruchs der Zeitungen zu treffen. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, fährt der Reichskanzler mit den Landesregierungen Verhandlungen wegen Bezugs von Holz aus den österreichischen Staatsforsten, um die Papierpreise auf einen erträglichen Stand herabzubringen.

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise. Mit Rücksicht auf die Lohnerhöhungen in den Braunkohlenrevieren hat der Reichskohlenverband folgende Preiserhöhungen bewilligt: Für Brilleits und Rappelscheine 45 Mk., für Rohkohle 15 Mk., für Siebkohle 16,50 Mk., für Stückkohle 18 Mk. und für Stubenkohle 60 Mk. pro Tonne (20 Ztr.) mit Wirkung vom 1. März ab ohne Steuer.

Die neuen Torfpreise. Die neuen Torfpreise sind außer durch die übermäßig hohen Frachten auch wesentlich verursacht durch den die Konjunktur weiblich ausweisenden Zwischenhandel. Nach der „Frankf. Zig.“ ist jedoch mit einer Ermäßigung des heute schon auf 5000 Mark pro 10 Tonnen angelangten Preisstands durch Ausschaltung unnötiger Zwischenhändler auf vielleicht 3000 Mark zu rechnen. Als Abnehmer von Torf kommen in der Hauptsache nur noch industrielle Betriebe in Betracht, weil die Verbraucher für den Hausbrand Holz bevorzugen, das immer noch rentabler und billiger ist als Torf.

Dürfen die Fortbildungsgeldkinder in die Arbeitszeit einberechnet werden? Nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 10. Juli 1919 ist dieser der Ansicht, daß die Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule als Arbeitszeit anzurechnen ist, er laßt

aber gleichzeitig, daß die letzte Entscheidung darüber, wie die Anordnung anzulegen ist, den Gerichten überlassen werden muß. (Das Demobilisierungsministerium hat seinerzeit entschieden, daß die Unterrichtszeit nicht anzurechnen sei.) Nun haben aber in verschiedenen Fällen schon die Gerichte übereinstimmend, zuletzt die Kolonialer Strafkammer in einer Berufungssache, ihr Urteil dahin gefällt, daß der Gewerbeschulunterricht nicht als Arbeitszeit anzurechnen sei, sondern der persönlichen Fortbildung des Lehrlings diene.

Die politischen Testamente Friedrichs des Großen sollen jetzt veröffentlicht werden und bis zum diesjährigen Friedrichstag der Berliner Akademie der Wissenschaften als Sonderband der akademischen Ausgabe der politischen Korrespondenz des Königs erscheinen. Der Bearbeiter Professor Dr. Volz veröffentlicht darin die beiden Testamente von 1762 und 1768 nach den gleichen Gesichtspunkten wie die übrige Korrespondenz unter Zugrundelegung der gleichartigen Aufzeichnungen aus den Jahren 1776, 1782 und 1784. Ein weiterer Band der Korrespondenz, der 38., wird in den nächsten Monaten folgen.

Hoher Straßenbahntarif. Die Wiener Straßenbahnen werden ihren Tarif am 1. April auf 5 Kronen erhöhen.

Verweisung Eliaß-Bohringens. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Straßburg, daß 400 altdeutsche Lehrer und Lehrerinnen aus dem Lehrkörper der hiesigen hiesigen Volksschule ausgeschieden sind und 600 altdeutsche Lehrer und Lehrerinnen infolge der schändlichen Behandlung der Franzosen ihre Stellungen verlassen haben. Dagegen seien 1000 Lehrpersonen aus Frankreich einwandert.

Grabschändung. Auf die Ermittlung der Verbrecher, die die Fürstengruft in Charlottenburg geschändet und versetzt haben, ist eine Belohnung von 15 000 Mark ausgesetzt worden. Man glaubt, daß es sich um eine planmäßige Tat handelt, die schon lange vorbereitet war. Es soll nicht der erste Anschlag gegen die Gruft sein.

Raubüberfall. Vier maskierte und bewaffnete Kerle überfielen gestern den Kassier des Berliner Spediteurvereins. Sie schossen zunächst den Wachhund nieder und verletzten einen Wächter durch drei Schüsse schwer. Dann raubten sie 32 000 Mark aus der Kasse und verschwanden.

In der Zigarettenindustrie sind in Berlin 10 000, in übrigen Deutschland 50 000 Angestellte und Arbeiter jetzt entlassen worden. Die Fabriken betreiben, sie können bei den heutigen Tabakpreisen den Betrieb nicht mehr fortführen, wenn die neuen Steuern nicht verschoben werden.

Hilfswert für die notleidenden Kinder. In Venedig fand am 25. Februar die erste Sitzung des Konvents für die im Krieg in Not geratenen Kinder statt. Etwa 200 Abgeordnete aus allen Ländern Europas haben sich eingefunden.

Wetter.

Der Hochdruck bleibt in günstiger Lage bestehen. Am Samstag und Sonntag ist Nachtfrost und Frühnebel, tagsüber ziemlich milde und trodene Wetter zu erwarten.



Neuzeitliche Höhlenwohnungen. In der Diluvial- und Steinzeit lebten die Menschen bekanntlich in Höhlen. Lang, lang ist's her. Aber alles wiederholt sich. So will die Stadtverwaltung in Ueberlingen eine Anregung des Gemeinderat Weidhart entsprechend nach dem Vorbild der Felsenwohnungen am Fuß der Maurenburg Alhambra in Granada versuchsweise der Wohnungsnot dadurch steuern, daß an dem Bergabhang vom Callerturm bis zum Ausfallgraben der alten Reichsstadt Felsenwohnungen mit je 2 bis 3 Zimmern mern und einer Küche, insgesamt 36 Wohnungen eingebaut werden sollen. Die ausgebrochenen Steine sollen ein gutes Baumaterial abgeben.

Grippe. In Görlitz (Schlesien) sind wegen der Grippe alle Schulen bis 6. März geschlossen worden.

Eine Million unterschlagen. In Wien wurde ein Oberpostassistent verhaftet, der durch Unterschlagung von Wertbriefen annähernd eine Million Mark veruntreut hat.

Zusammenstoß. Auf dem zu Magdeburg gehörigen Bährhofe Rothensee stießen im starken Nebel zwei Güterzüge in voller Fahrt zusammen. Zwei Zugführer und ein Schaffner wurden schwer, drei andere Zugbeamte leicht verletzt. Ein Jugendwagen sind schwer beschädigt.

Naubzug Spitze Preußens, auf der Schneekoppe. Sogar auf der höchsten Spitze Preußens, auf der Schneekoppe ist ein Einbruch verübt worden. Bei stürmischem Wetter und Schneefall kamen die Diebe auf den Koppenberg, schlugen bei der unbewohnten preussischen Kapelle ein Fenster ein, um dann einzusteigen. Sie haben eine größere Menge der dort befindlichen Wäsche und einen Teil des Weinschlagers geraubt. Nach den vorhandenen Spuren zu urteilen, sind die Einbrecher von der böhmischen Seite gekommen.

Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. Anfang Januar sind wieder über hundert in Brasilien eingetroffene deutsche Seeleute in der Heimat eingetroffen. Sie warnen dringend vor der Auswanderung nach Brasilien. Eine Reihe von kriegsgefangenen Kameraden hatte sich zur Arbeit in Anstellungen gemeldet, um aus dem Gefangenlager herauszukommen; sie muhten aber bald erfahren, daß sie nichts anderes als weiße Arbeitsklaven waren. Die Heimkehrenden kriegsgefangenen äußerten sich wörtlich dahin, die brasilianischen Auswanderungsagenten und ihre Helfer hätten in Deutschland verdienten nichts anderes als eine Tracht Prügel und sofortige Ausweisung aus Deutschland.

Der Ausverkauf. In den letzten Wochen sind in Wiesbaden wieder eine ganze Anzahl erstklassiger Hotels in die Hände von Ausländern durch Kauf übergegangen. So wurden nach der „Frankf. Zig.“ an Fremden die Hotels „Hessischer Hof“ und „Wilhelma“ verkauft, letzteres für anderthalb Millionen Mk., an einen Schweden das Haus „Wilhelmstraße-Café Luitensstraße, an einen Holländer das „Hotel Monopole“ für 6 Millionen, ebenfalls an Holländer das „Parkhotel“ für 3,8 Millionen, der „Wiesbadener Hof“ an einen Italiener, das Variete „Vergnügungspalast“ für 600 000 Mk. an eine französische Firma. Außerdem wurden eine ganze Reihe Wohn- und Geschäftshäuser an Ausländer verkauft, so an einen Spanier allein zehn Wohnhäuser.

Deutsch im Rezept. Einen mühtigen Sturm auf gegen eine alte und längst sinnlos gewordene Übung in der ärztlichen Praxis unternimmt Dr. Karl Taage in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“, indem er die lateinische Abfassung der Rezepte geißelt. Mag man auch ohne das Fremdwort „Rezept“ nicht auskommen, so könnte man sich doch in Inhalt dieser Anweisungen verständlicher und moderner ausdrücken.

Neck so! Zwei Frauen aus der Berliner Finanzgesellschaft, eine Frau Dr. S. und eine Frau Direktor B., wollten sich nach der Nacht einmal sehen und sie sahen allein bis morgens 3 Uhr in einem bekannten Nachtlokal. Als sie aufbrachen, folgten ihnen einige „Herren“ und „Damen“ der üblichen Nachtgesellschaften, fielen über sie her und raubten ihnen die Schmuckstücke, darunter eine goldene Zigarettentasche, durch die sie im Nachtlokal Aufsehen erregt hatten. Hoffentlich ist die Neugier der beiden Damen jetzt befriedigt.

600 000 Mk. geraubt. Ein Beamter des städt. Arbeitsamts in Berlin, der für die Auszahlung an Arbeitslose 600 000 Mk. bei sich trug, wurde am Schalter von zwei Männern niedergeschlagen und der ganzen Summe beraubt. Die Räuber entkamen in einem Automobil.

Unfällige Vohnerhöhung. Wie das „Berl. Tageblatt“ schreibt, waren die Schuhmachergehilfen in Groß-Berlin wieder in einen Streik eingetreten, obgleich ihre Löhne mit Zulagen seit 1914 um 1300 Prozent gestiegen sind. Es wurde nun eine Einigung erzielt, der zufolge ein Gefelle es jetzt auf einen Monatsverdienst von 1600 Mark bringen kann.

Baden.

Karlsruhe, 25. Febr. Das Bad. Staatsministerium hat angeordnet, daß bei allen Dienststellen, die mindestens 20 Beamte beschäftigen, mit sofortiger Wirkung Dienststellenauschüsse zu schaffen sind; bei weniger als 20 Beamten sollen an ihre Stelle von den Beamten gewählte Vertrauensleute treten.

Karlsruhe, 25. Febr. Das Finanzministerium hat den Entwurf eines Landesgesetzes über die Grunderwerbsteuer umgearbeitet. Der Entwurf sieht jetzt vor, daß das auf Baden entfallende Aufkommen in vollem Umfang an die Landesklasse fließt, daß aber die Gemeinden einen Zuschlag bis zu 2 Prozent, in den Fällen des Par. 10 des Grunderwerbsteuergesetzes 1 Prozent des pflichtigen Wertes erheben dürfen. Obwohl die höhere Belastung der Steuerpflichtigen nicht erfreulich erscheint, hat sich der Ausschuß des Verbands der mittleren Städte Badens im Hinblick auf die finanziellen Bedürfnisse des Landes sowohl als der Gemeinden sich nicht gegen den Entwurf ausgesprochen.

Karlsruhe, 25. Febr. Im Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Ausbringung des Gemeindeaufwandes zur Verteilung gelangt. In dem Gesetzentwurf wird u. a. bestimmt, daß von solchen Personen, welche sich in einer Gemeinde aufhalten, ohne daselbst einen Wohnsitz zu haben und deren Aufenthalt die Dauer von drei Monaten nicht übersteigt, Abgaben zur teilweisen Deckung der der Gemeinde für Unterbringung der Bevölkerung, deren Versorgung mit Lebensmitteln und Aufgaben ähnlicher Art entstehenden Kosten erhoben werden.

Karlsruhe, 25. Febr. Der Haushaltsausschuß des bad. Landtags nahm gestern von dem 7. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918-19 die Anforderungen für das Landespreissamt an. Der 8. Nachtrag wurde angenommen vorbehaltlich der Stellung der Fraktionen. Die Fraktionen des vorerwähnten sprachen sich zugunsten eines Voranschlags aus, wonach unter Wegfall der bisherigen Teuerungsbeträge zu der Ausgleichszulage monatlich mehr gegeben werden soll an ledige Beamte 250 Mk., an Ehefrauen 200 Mk. und für jedes Kind eine Kinderbeihilfe zu 300 Mk.

Karlsruhe, 25. Febr. Mehrere Mitglieder der Zentrumsfraktion haben im Landtag einen Antrag eingebracht, in welchem mit der Vorlage des Staatshaushalts für 1920-21 Vorschläge der Regierung über eine Vereinfachung der Regierung (des Staatsministeriums) verlangt werden. Ferner wurde eine förmliche Anfrage über die Verpflegung der Gefangenen in den Anstalten eingebracht. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß in den Anstalten für die Gefangenenverpflegung ein nur unzureichendes Verpflegungsgeld bezahlt wird und daß die Gefangenen auf selber zur Lebensunterhaltung noch Geld aus eigenen Mitteln zu legen müßten.

Stuttgarter, 25. Febr. Die hiesige Expeditionskasse hatte versucht, in einem mit Tonplatten und Werkzeugen beladenen, nach der Schweiz bestimmten Wagen für rund 100.000 Mk. Herren- und Damenstiefel sowie Kleiderstoffe nach der Schweiz zu verschleusen. Die Gegenstände wurden entdeckt und beschlagnahmt.

Gernsbach, 25. Febr. Das herrlich gelegene Schlossgut Eberstein wurde von der Vermögensverwaltung des Großherzogs auf 200 Jahre an die badische Landwirtschaftskammer verpachtet. Es soll dort alsbald eine Lehrwirtschaft für Wein- und Obstbau errichtet werden.

Mannheim, 25. Febr. Die Gastwirtschaften sind wieder in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen einen einheitlichen Tariflohn von 1200 Mark monatlich, und 200 bis 300 Mark für Hilfspersonal.

Neustadt i. Schw., 25. Febr. In verschiedenen Schwarzwalddörfern sind in der letzten Zeit angebliche Bankräuber erschienen, die den Bauern Gold- und Silbermünzen ablaufen. Sie geben ein Schriftstück, wonach das Geld bei einer Freiburger Bank ausbezahlt werde. Natürlich handelt es sich um Schwindler, wie man bei der Geschädigten, die sich vergeblich an die betr. Bank gewandt hatten, erfahren mußten.

Freiburg, 25. Febr. Von dem großen Exerzierplatz soll ein 16 Hektar großes Gelände für landwirtschaftlichen Bebauung freigegeben werden. Das freibleibende Gelände bleibt als Rasenplatz für Spiel-, Sport- und Ausstellungszweck erhalten.

Villingen, 25. Febr. Wie man erfährt, wird im Sommer ds. Js., falls sich die Ernährungslage nicht bessert, die bad. Regierung dazu übergehen, Kurgäste nur dann ins Land zu lassen, wenn sie krank und erholungsbedürftig sind.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Febr. (Prälat Römer +) An den Folgen einer Operation ist heute nacht Stützprediger Prälat D. Christian von Römer unerwartet schnell gestorben.

Römer war 1854 als Sohn des Pfarrers in Eisingen geboren. Er studierte in Tübingen Theologie. Durch eine Preisarbeit kam der junge Mann in solche Hochtief, daß er dem Kirchenamt entsagen wollte. Durch literarische Freunde in seinem Gewissen beruhigt, schloß er sich in der Folge dem Evangelium mit umso größerer Glaubenskraft an und Römer ist dann der Führer der strenggläubigen Kirchenkreise und der Gründer der evang. kirchlichen Vereinigung geworden. Mit einer hervorragenden Gelehrsamkeit verband Römer eine außerordentliche Kanzelberedamtheit. Seine von innerster Überzeugung getragenen Predigten wirkten erschütternd und erhebend zugleich und seine persönliche Gemeinde beschränkte sich nicht auf die Stützpfarroparchie in Stuttgart, sondern erstreckte sich auf das ganze Land. Römer war bekanntlich auch Führer der Rechten in der Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 25. Febr. (Neue Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn.) Vom 1. März an werden die Fahrpreise der Straßenbahn abermals erhöht. Der Grundtarif für 3 Teilstrecken (früher 5) bleibt auf 0 Pfg. bestehen, Lagogen wird der Tarif für je zwei weitere Strecken erhöht und zwar für 4 und 5 Teilstrecken auf 40 Pfg. (seit 1. Febr. 35 Pfg.), 6 und 7 Teilstrecken 50 Pfg. (bisher 40 Pfg.), 8 und 9 Teilstrecken 60 Pfg. usw. bis zur 18. und 19. Teilstrecke mit 1.10 Mark. Die Fahrt Stuttgart-Deperloch kostet künftig 50 Pfg. (40), Rüdelsheim 70 Pfg. (55).

Stuttgart, 25. Febr. (Gefasste Einbrecher.) Am 9. Febr. wurde der 24 Jahre alte Eisendreher Franz Kater von Hohebach, D. Künzelsau, wegen Einbruchsdiebstahls hier festgenommen. Die Nachforschungen führten zur Aufklärung anderer Einbruchsdiebstahle. Kater ist in der Nacht zum 30. Januar mit dem 20 Jahre alten Hilfsarbeiter Eugen Staudt von Hebesingen in der Ledersabrik von J. R. Bojer in Ebingen Leder im Wert von etwa 12.000 Mk., ferner in einer Waffenzündung in der Calwerstraße und im Stuttgarter Schwimmbad zahlreiche Pistolen und eine Menge Munition sowie 28 Ehrenpreise des „Schwimmbunds Schwaben“ gestohlen. Staudt hat in der Nacht zum 13. Februar mit dem 19 Jahre alten Schlosser Christian Sturm von Ludwigsheim in der Ledermöbelfabrik von Karl Schall Leder im Wert von über 20.000 Mark entwendet. Staudt ist geflüchtet, Sturm konnte ergriffen werden. Das gestohlene Leder ist größtenteils begehrt. Wegen Hehlerei sind drei weitere Personen verhaftet.

Leonberg, 25. Febr. (Einbrecher.) In der Nacht zum Dienstag wurde in der Leonberger Schuhfabrik von Schmalzried wiederholt eingebrochen und 89 Paar Kinder-, Damen- und Herrenstiefel im Wert von 15.000 Mk. gestohlen.

Böblingen, 25. Febr. (Verhaftet.) Einige Deufinger Durschen, die sich zu Diebstählen zusammenschloßen, und namentlich Geflügel- und Gänseklieb, ble in der Gegend begangen haben, sind durch die Verhaftung eines Hehlers bekannt geworden.

Herrenberg, 25. Febr. (Diebstahl.) Auf dem Güterbahnhof werden seit einigen Tagen zwei wertvolle Sendungen vermisst.

Geislingen a. St., 25. Febr. (Erhöhung der Hundabgabe.) Die Hundabgabe ist von bisher 20 auf 30 Mark für den ersten und 40 Mark für jeden weiteren Hund erhöht worden.

Kalen, 25. Febr. (Bau des zweiten Gleises.) Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums wird die Staatsbahnverwaltung ermächtigt, für den als Notstandsarbeit fortzuführenden Bau des zweiten Gleises der Bahnstrecke Gmünd-Kalen die Grundstücke im vereinfachten Enteignungsverfahren zu erwerben. Die schienenparallelen Wegübergänge werden beseitigt, der Haltepunkt Sussenhofen auf die rechte Seite der Bahn verlegt, die Stationen Unterböblingen, Mögglingen und Eisingen erweitert.

Ebingen, 25. Febr. (Wegwechsel.) Dieser Tage ist das Hotel „Palmengarten“ um 150.000 Mark in andere Hände übergegangen, wenige Tage vorher das Bahnhofshotel Dezel.

Wildbad, 26. Febr. (Aus der Gemeinderatsitzung vom 24. Febr. Fortsetzung.) Die Holzbauerkordlöhne werden wie folgt festgesetzt: Holzhauerlohn für alle Klassen für 1 Fm. Lohholz 8.50 Mk., Anröderlohn für alle Klassen für 1 Fm. 6.50 Mk., Hauer- und Anröderlohn für 1 Nm. Nadel- und Laubholz 12 Mk., für 1 Nm. Brennholz 8 Mk., für 1 Nm. Reisprügel 8 Mk., auf die Stangenakordlöhne je 50% Aufschlag. — Seit Jahresbeginn ist eine weitere beträchtliche Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten, die eine durchgreifende Erhöhung der Löhne und Gehälter erforderlich macht. Die städt. Beamten, Unterbeamten und Angestellten bitten daher um Bewilligung einer vorläufigen einmaligen Teuerungszulage nach den Vorgängen in anderen Städten. Eine Änderung der Grundgehälter wird dabei ab 1. April 1920 in Höhe der zu erwartenden staatlichen Sätze vorausgesetzt. Es wird

beschlossen, für die Zeit bis 31. März 1920 eine einmalige außerordentliche Teuerungszulage zu bewilligen und zwar für die verheirateten vollbeschäftigten Berufsbeamten und Unterbeamten von je 600 Mk., wozu für jedes Kind unter 15 Jahren bis zu 2 Kindern eine Zulage von je 200 Mk. — im Höchstfalle also von zusammen 400 Mk. — tritt, für die ledigen Beamten und Angestellten, die verheirateten und ledigen Hilfsbeamten beim Lebensmittelamt und die unständig Verwendeten, eine solche von je 300 Mk. ohne Kinderzulage und für die nebenamtlich und nicht vollbeschäftigten Angestellten von je 100 Mk. — Der Stundenlohn der Kartoffelverkäufer Gemeinderat Citel und Schreinermeister Kolbfuß wird mit Wirkung vom 1. Februar 1920 auf 2 Mk. 70 Pfg. festgesetzt. — Dem Verlag des Enztalboten hier wird für die Aufnahme der städtischen Inserate für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 1. März 1920 neben dem jährlichen Aversum von 150 Mk. eine außerordentliche Vergütung von 1900 Mk. bewilligt, so daß er für die ganze Zeit erhält: an 150 Mk. auf 8 Monate 100 Mk., Zulage 1900 Mk. zusammen 2000 Mk. Infolge Beschlusses des Gemeinderats vom 10. Februar ds. Js. betr. Sicherung des Fortbestehens des hies. Amtsblattes und des Vabblattes hat die für diesen Zweck aufgestellte Kommission mit Buchdruckerbesitzer Strom in Neuenbürg vo befalltlich gemeinderätlicher Genehmigung unterm 18. Februar 1920 einen Vertrag abgeschlossen, wonach sich Strom zu fernerer Herausgabe der beiden genannten Blätter zum Druck und zur Fertigstellung derselben in hiesiger Stadt ab 1. Mai 1920 verpflichtet. Die Stadtgemeinde überläßt ihm zur Unterbringung seiner Druckerei pachtweise zunächst auf 5 Jahre (1. März 1920 926) das nördliche Parterrelot im alten Real- schulgebäude um einen jährlichen Pachtzins von 500 Mk. Die städtischen Inserate erhält Strom bis auf weiteres nach dem Zeitpreis bezahlt, nämlich 20 Pfg. für eine Kleinspaltige und 40 Pfg. für eine doppelspaltige Zeile, abzüglich 50% Rabatt. Die Uebertragung des Amtsblattes und Vabblattes an Strom erfolgt zunächst für das laufende und kommende Rechnungsjahr, also bis 31. März 1921. Vom Gemeinderat wird der mit Strom abgeschlossene Vertrag genehmigt. — Der Woißzode teilt mit, daß ihm vom Schwabenerverein in Chicago der Betrag von 3000 Mk. zur Unterstützung der Bedürftigen in der hies. Gemeinde zugegangen sei. Er beabsichtigt, die Summe hauptsächlich an ältere, bedürftige Leute zur Verteilung zu bringen, was vom Gemeinderat gebilligt wird. — Die Anschaffung einer Kinderwagen mit einem Aufwand von 240 Mk. für die hier zu errichtende Mütterberatungsstelle wird genehmigt. — Die Anschaffung von 4 Uniformen für die Bergbahnschaffner mit einem Aufwand von zus. 2000 Mk. wird genehmigt. — Die Aufschrift des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Stuttgart, vom 19. Februar 1920, betr. Abschluß eines Tarifvertrags mit den städt. Arbeitern, wird dem Gemeinderat bekannt gegeben. Zur Prüfung und Weiterbehandlung des Gegenstandes wird eine Kommission bestehend aus den Gemeinderäten Woch, Kiefer, Wehle, Burg und Schläter aufgestellt. Um die als nötig anerkannte Erhöhung der Löhne der städt. Arbeiter aber nicht weiter zu verzögern, wird vom Gemeinderat gleichzeitig beschlossen, die Stundenlöhne der städt. Arbeiter mit Wirkung vom 1. Februar 1920 an in der vom Verband vorgeschlagenen Höhe festzusetzen nämlich: Lohnklasse 1 Handwerker und Schichtarbeiter pro Stunde 2 Mk. 80 Pfg., Lohnklasse 2, ungelernete Vollarbeiter pro Stunde 2 Mk. 50 Pfg., Lohnklasse 3, ungelernete Nichtvollarbeiter pro Stunde 2 Mk. und die sämtlichen Versicherungsbeiträge wie selber auf die Stadtkasse zu übernehmen. (Schluß folgt.)

Brotkartenabgabe.

Die Abgabe der Brot- und Butterkarten erfolgt am Samstag, den 28. Februar vorm. 8-2 Uhr. Städt. Lebensmittelamt.

Mitteilung.

Heute habe ich den Vortz im „Verein vertriebener Essig-Lothringer, Ortsgruppe Wildbad“ niedergelegt.

Wildbad, den 28. Februar 1920.

Hauptlehrer Walz.

2 bis 4

Zimmerwohnung

für 2 Personen gesucht auf 1. April.

F. Hammer zur Girsch.

Sozialdemokr. Partei Wildbad.

Die am 18. Februar 1920 ausgefallene

General-Versammlung

findet nun am Sonntag, den 29. Februar 1920 mittags präcis halb 3 Uhr im Lokal zum Bad. Hof statt.

Tagesordnung:

- 1) Rechenschaftsbericht
- 2) Neuwahlen
- 3) Verschiedenes.

Pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Der Ausschuss der sozialdemokr. Partei.

Wir suchen mehrere Waggons forchene Koller

nicht unter 15 cm im Durchmesser, 1 m lang und erbitten Angebote an
Hann & Cie., Holzhandlung.

Leder-Schuhwaren

aller Art:
Herren-, Damen-,
Knaben-,
Mädchen- u.
Kinder-Stiefel

Arbeiterschuhe la. Rindlederne
für Männer, Frauen, Knaben, Mädchen und
Kinder empfiehlt zu billigen Tagespreisen

Hermann Lutz, Wildbad.
Alleinverkauf der Marke „Salamander“.

Zum Austragen des Enztalboten wird
für sofort eine

jüngere Frau

oder zwei ältere Mädchen

gegen gute Bezahlung gesucht.

Der Verlag.

Anabenkleider sowie Stiefel

für 12-14-Jährigen sehr gut
erhalten gegen Kartoffel
zu tauschen gesucht.

Offerten unter W. S. 34
an die Expedition ds. Bl.

Ein noch gut erhaltenes

Fahrrad

mit Freilauf und Fried. no
berührung hat zu verkaufen.

Reutbadstr. 196.

Ein

Fahrrad

mit Bereifung
ist zu verkaufen.

Näheres im Gasthaus zur
Eisenbahn.

Verloren

ging innerhalb der Stadt von
einem Mädchen ein

Gold. Ohrring.

Abzugeben gegen gute Be-
lohnung Buchhandlg. Pander.

W. V. W.

Heute Abend halb 8 Uhr
bei Schmid zur Zubereitung.

Grasertrag zu verkaufen.

Wo, sagt die Redaktion.

Landhaus oder Bauernhof zu kaufen gesucht.

H. Hansen,
Baden-Baden, Göttenstr. 1a

Kaufe dauernd Hühner

zable höchste Preise.
Dornbach, Köln. Süß, 54
Regidiusstraße 58.

G. Wohlmut & Co.

Konstanz
Kreuzlingerstraße 47 a

Wohlmut's

Heilapparate

haben vielen

1000 den

die Erlösung und Heilung
von Rheias, Gicht, Rheu-
matismus, Lähmungen,
Frauen- u. Kinderkrank-
heiten gebracht. Verlangen
Sie kostenlos Druckchriften
bei unserm Allein-Vertreter

Medicinal-Drogerie

G. Grundner Nachf.
Wildbad.

